

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 06.09.2016, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Armin Barg
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Joachim Bötte
Ursula Brand
Dietmar Busch
Michael Dummer
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Jutta Eifer
Horst Enneper
Jürgen Fischer
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff bis 19:05 / nach TOP 24
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp Vorsitzender zu TOP 23
Thomas Lorenz
Dr. Axel Michalides bis 17:45 Uhr / wrd. TOP 6
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Dr. Jörg Rieger
Björn Rimroth
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Christian Viebach ab 16:10 Uhr / wrd. TOP 2 bis
17:55 Uhr / wrd. TOP 7
Dr. Jörg Weber ab 16:05 Uhr / wrd. TOP 2 bis
18:25 Uhr / nach TOP 11.4
Harald Weiss

von der Verwaltung

Frank Nipken
 Regine Schmidt
 Ulrich Dippel
 Sönke Eichner
 Volker Grossmann
 Sandra Hilverkus
 Burkhard Klein
 Anke Schröder

Schriftführerin

Jana Dören

es fehlt:

Ratsmitglieder

Malik Nasir Mahmood
 Dejan Vujinovic

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 15. Sitzung des Rates der Stadt am 05.07.2016 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Online-Marktplatz für Radevormwald (Antrag der CDU-Fraktion vom 28.07.2016) AN/0118/2016
5. Optimierung des "Wülfing-Komplexes" (Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2016) AN/0120/2016
6. Erweiterung der Hauptsatzung der Stadt Radevormwald (Antrag der AL-Fraktion vom 25.08.2016) AN/0121/2016
7. Unterstützung des Ehrenamtes: Begegnungszentrum im Innenstadtbereich (Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2016) AN/0122/2016
8. 47. Änderung des Flächennutzungsplanes; Wohngebiet Jahnplatz
- 8.1. 47. FNP-Änd.; Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB; Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis vom 29.04.2015 BV/0192/2015/1
- 8.2. 47. FNP-Änd.; Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Beteiligung eingegangene Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 02.06.2015 BV/0193/2015/1
- 8.3. 47. FNP-Änd.; Bericht über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BV/0232/2015/1

- BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 22.10.2015
- 8.4. 47. Änderung des Flächennutzungsplanes; Wohngebiet Jahnplatz hier: Bericht über die wiederholte öffentliche Auslegung des Planentwurfes gem. § 3 (2) BauGB; erneuter Feststellungsbeschluss BV/0332/2016
9. Bebauungsplan Nr. 34, 2. Änderung; Dahlerau, Siedlungsweg
- 9.1. BP 34; 2. Änd.; Bericht über die Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangene Stellungnahme des LVR- Amt für Denkmalpflege im Rheinland vom 30.05.2016 BV/0333/2016
- 9.2. BP. 34; 2. Änd.; Kenntnissgabe der redaktionell ergänzten Planurkunde/ Begründung; Satzungsbeschluss BV/0334/2016
10. Bebauungsplan Nr. 76, 2. Änderung; Nordstadt II, Teilgebiet zwischen Bachstraße und Carl-Diem-Straße hier: Bericht über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss BV/0335/2016
11. Bebauungsplan Nr. 98 - Wohngebiet Jahnplatz -
- 11.1. BP Nr. 98; Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangene Stellungnahme des Oberbergischen Kreises vom 22.10.2015 BV/0288/2016
- 11.2. BP 98; Abwägung und Beschluss über die während der öffentlichen Auslegung am 21. Juni 2016 eingegangene Stellungnahme, bezeichnet als S 1 BV/0337/2016
- 11.3. BP 98; Abwägung und Beschluss über die während der öffentlichen Auslegung am 22. Juni 2016 eingegangene Stellungnahme, bezeichnet als S 2 sowie das Schreibenvom 28.07.2016, bezeichnet als S3. BV/0338/2016/1
- 11.4. BP 98; Abwägung und Beschluss über die während der Trägerbeteiligung am 08.06.2016 eingegangene Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände im OBK BV/0339/2016
- 11.5. BP 98; Abwägung und Beschluss über die während der Trägerbeteiligung am 15.06.2016 eingegangene Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises BV/0340/2016
- 11.6. BP 98; Satzungsbeschluss BV/0341/2016
12. Widmung von Straßen, Wegen, Plätzen

- | | | |
|-------|---|----------------|
| 12.1. | Widmung der Gemeindestraße "Heinestraße" | BV/0349/2016 |
| 12.2. | Widmung der Gemeindestraße "Kästnerstraße" | BV/0350/2016 |
| 13. | Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung | BV/0327/2016 |
| 14. | Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungs-
satzung | BV/0325/2016 |
| 15. | Änderung der Gebührensatzung zur Ausführsatzung | BV/0326/2016 |
| 16. | Sachstandsbericht Asyl | |
| 17. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | |
| 17.1. | Kenntnisnahme | IV/0287/2016 |
| 17.2. | Genehmigung einer überplanmäßigen Investition | BV/0356/2016 |
| 18. | Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt
hier: Aufwertung des Parc de Châteaubriant | BV/0118/2015/2 |
| 19. | Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt
hier: Aufwertung der Grünfläche Burgstraße | BV/0117/2015/2 |
| 20. | Erschließung Bebauungsplangebiet Jahnplatz | BV/0198/2015/1 |
| 21. | Ausschreibung der Entsorgung von privaten Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben) | BV/0329/2016 |
| 22. | Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges Gerätewagen Logistik | BV/0351/2016 |
| 23. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | BV/0348/2016 |
| 24. | Geplante Auflösung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für das Berufskolleg Bergisch Land | BV/0305/2016 |
| 25. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 8 der Geschäftsordnung fest.

Er weist darauf hin, dass TOP 26 in den öffentlichen Teil verschoben wird und dort unter TOP 24 behandelt wird. Die Tagesordnungspunkte 18 und 19 werden aufgrund weiteren Beratungsbedarfs des Ausschusses Kultur, Tourismus und Verkehr abgesetzt und in eine spätere Ratssitzung verschoben.

Zudem weist er auf die Tischvorlagen zu TOP 11.3, 17.2, 23, 28, 30, 32 und zu TOP 34 hin.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 15. Sitzung des Rates der Stadt am 05.07.2016 (öffentlicher Teil)

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

- a) Der Bürgermeister gibt bekannt, dass nach Weggang von Frau Gottlieb, Herrn Dippel die Leitung des Technischen Bauamtes und Herrn Klein die Leitung des Bauverwaltungsamtes übertragen wurde.
- b) Der Bürgermeister berichtet, dass die Inbetriebnahme der Sekundarschule positiv angekommen ist und auf eine positive Weiterentwicklung hingewirkt wird, dabei sei es wichtig auch die Eltern in den Bildungsprozess einzubinden. Außerdem sei es selbstverständlich die auslaufenden Schulen (Real- und Hauptschule) ebenfalls zu unterstützen, damit diese bis zur Auflösung kompetent weiterarbeiten können.
- c) Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Umbaumaßnahmen für die OGATA in der Grundschule Stadt und gibt an, dass diese bisher störungsfrei laufen. Nun werden die Ergebnisse des Workshops benötigt, die in die weitere Umsetzung dieser Nutzung fließen sollen.
- d) Ein weiteres wichtiges Thema ist die Förderung der Wupperorte. Diesbezüglich habe es intensive Gespräche mit dem Landrat gegeben. Im Bereich Flächenpool NRW werden Beratungshilfen hierfür gefördert, dies wurde dem Investor des Wuppermarktes mitgeteilt und wird in konkreten Gesprächen weiter verdichtet.
- e) Der Bürgermeister teilt mit, dass im ersten Halbjahr 2017 die Sanierung der L412 (Heide / Bergerhof) und die Einmündung der L81 (Straße nach Honsberg bis zur Brücke Kräwinkel) sowie die Sanierung der L414 / Uelfe-Wuppertal-Straße (von Dahlhausen bis zur Obersten Mühle), welche abschnittsweise voll gesperrt werden muss, durch Straßen NRW erfolgt. Des Weiteren erfolgt durch Straßen NRW die Sanierung der B229 (von Grüne bis Stadtgrenze Halver), auch in Verbindung mit einer Vollsperrung, in den Sommerferien 2017.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4. Online-Marktplatz für Radevormwald (Antrag der CDU-Fraktion vom 28.07.2016) AN/0118/2016

Herr Jung begründet den Antrag der CDU-Fraktion und führt aus, dass die Stadt durch die Umbaumaßnahmen verschönert wurde und eine digitale Vernetzung wichtig wäre, damit sich alle Marktteilnehmer, zum Beispiel durch eine StadtApp, mit den Bürgern auch digital verständigen können.

Herr Mans stellt Herrn Dr. Panteleit als Verantwortlichen im Bereich City-Management vor und bittet ihn über seine Erfahrungen und Ideen zu dem Thema zu berichten.

Herr Dr. Panteleit gibt einen Überblick anhand einer Power-Pointe-Präsentation.
Hinweis: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Herr Hoffman unterbricht die Präsentation und erklärt, dass der Rat der falsche Ort für diesen Vortrag ist. Er macht den Vorschlag die Präsentation in das Gremium der WFG zu verweisen.

Nach weiterer Diskussion erklärt Herr Jung, dass es in dem Antrag nur darum geht, dass die Verwaltung die passenden Leute für die Umsetzung eines Online-Marktplatzes beauftragt und möchte über den gestellten Antrag abstimmen lassen.

Frau Ebbinghaus merkt an, dass über diesen Antrag noch nicht abgestimmt werden kann, da die Konsequenzen die sich daraus ergeben, noch nicht klar sind.

Herr Bornewasser hält dieses Thema existenziell wichtig für die Stadt Radevormwald, hält jedoch eher den Ausschuss für Stadtentwicklung als geeignet, um darüber zu beraten.

Frau Ebbinghaus ist ebenfalls der Meinung, dass der Antrag nicht in das Gremium der WFG gehört, da das Gremium nicht öffentlich ist, dieses Thema aber den Bürger angeht, daher gehört es in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Herr Stark macht den Kompromissvorschlag den Antrag in die Gremien der WFG zu verschieben, da einige Fragestellungen wie zum Beispiel die Frage nach den Kosten noch nicht geklärt sind.

Herr Jung stimmt dem Vorschlag zu und bittet um Abstimmung.

Herr Dr. Panteleit informiert, dass es bereits einen Blog für Radevormwald gibt, dessen Kosten das Citymanagement für ein Jahr übernimmt.

Es erfolgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Stadtverwaltung zu beauftragen, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, innerhalb der nächsten 12 Monate einen Online-Marktplatz für Radevormwald zu prüfen und vorzustellen und die WFG damit zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Optimierung des "Wülfing-Komplexes" (Antrag der CDU-Fraktion vom 25.08.2016) AN/0120/2016

Herr Busch erläutert und begründet den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Barg begrüßt diesen Antrag fast uneingeschränkt, zuerst sollte jedoch der Bedarf ermittelt werden.

Herr Ullmann fragt, unter welchen Konditionen und wem die Räume zur Verfügung gestellt werden sollen.

Herr Lorenz merkt an, dass es eine Selbstverständlichkeit seitens der Stadt ist, die Räume wenn möglich zu vermieten, aber die Versorgung von Mitarbeitern eines Unternehmens eine privatwirtschaftliche Angelegenheit ist.

Herr Ebbinghaus ist der Ansicht, dass der Antrag privatwirtschaftliches Handeln und Handeln der Kommune in unzulänglicher Weise vermischt, daher ist der Antrag nicht abstimmungsfähig.

Frau Pech-Büttner hält es für sinnvoll Wülfing zu reaktivieren, aber man sollte das Gesamtkonzept abwarten. Sie gibt zu bedenken, dass es einen Förderverein gibt, der dann auch dazu befragt werden müsste.

Herr Busch wirft ein, dass die Stadt keine Kantine betreiben soll, sondern es lediglich um die Vermietung der Räume geht.

Herr Stark stellt fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion eine positive Initiative. Es geht lediglich darum, den Bedarf einer Kantine im Rahmen des Handlungskonzeptes zu prüfen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Stadtverwaltung zu beauftragen im Rahmen des Handlungskonzeptes, ggf. unter Beteiligung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, mit den Firmenbetreibern, die innerhalb des Wülfing-Komplexes ansässig sind, die Frage zu klären, ob möglicherweise das Angebot z.B. „eine Kantine / eines Mittagstisches etc.“ zu einer besseren Auslastung der entsprechenden Räumlichkeiten des „Wülfing-Komplexes“ führen könnte. Passende Räumlichkeiten in dem städtischen Teil des „Wülfing-Komplexes“ sollen dann ggfs. zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 FDP, 2 Grüne, 2 proDeutschland, Ullmann, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (2 RUA, Dr. Michalides)

6. Erweiterung der Hauptsatzung der Stadt Radevormwald AN/0121/2016 (Antrag der AL-Fraktion vom 25.08.2016)

Herr Ebbinghaus erläutert und begründet den Antrag der AL-Fraktion. Er ist der Meinung, dass Bürgern, die Anregungen oder Beschwerden haben, die Möglichkeit gegeben werden sollte, dem Gremium in dem über den Antrag entschieden wird, beizuwohnen um dazu Stellung zu nehmen. Dazu müsste der Bürger zu dem Gremium eingeladen werden. Den Bürger zum Haupt- und Finanzausschuss einzuladen scheint nicht sinnvoll, da dort nicht inhaltlich über die Anregung oder Beschwerde diskutiert wird, sondern vorerst entschieden wird, ob diese überhaupt zugelassen wird.

Herr Hoffmann beantragt den letzte Satz des Beschlussentwurfes zu streichen und die Vortragszeit des Bürgers auf 5 Min. zu beschränken.

Herr Ullmann hält dieses Thema für sehr wichtig, hat jedoch Bedenken, da der Haupt- und Finanzausschuss auch über die Bürgeranregung entscheiden kann, daher sollte sich das Verfahren auch auf den Haupt- und Finanzausschuss erstrecken. Außerdem hält er den letzten Satz des Antrags der AL für eine unnötige Einschränkung.

Frau Pech-Büttner stellt fest, dass ein Antrag zur Änderung der Hauptsatzung bereits am 22.06.2016 von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt wurde, der dann vertagt wurde. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben sich jetzt auf einen Vorschlag geeinigt, über den hier abgestimmt werden soll.

Da dieser Antrag nicht allen vorliegt macht Herr Stark den Vorschlag die Sitzung kurz zu Unterbrechen und den vorgenannten Antrag an die Ratsmitglieder auszuteilen.

Unterbrechung: 17:27 Uhr – 17:45 Uhr.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass er bereit ist, den Antrag nach dem Vorschlag der UWG abzuändern.

Es folgt die Abstimmung über den geänderten AL-Antrag.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, § 6 Absatz 4 um nachfolgende Sätze zu ergänzen:

Nachdem der Hauptausschuss entschieden hat, in welchem Gremium die Anregung oder Beschwerde inhaltlich behandelt werden soll, erhält der Petent eine schriftliche Einladung zu der Sitzung, in der seine Anregung oder Beschwerde behandelt wird, einschließlich der Beratungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Dem Petenten wird in der Sitzung zu dem Tagesordnungspunkt, der seine Anregung oder Beschwerde behandelt, das Recht eingeräumt, nach Aufruf des Tagesordnungspunktes seine Anregung oder Beschwerde zu erläutern. Die Vortragszeit wird auf 5 Minuten begrenzt.

Abstimmungsergebnis:	7 Ja-Stimmen	(4 UWG, 2 AL, Ullmann)
	30 Nein-Stimmen	(13 CDU, 9 SPD, 2 FDP, 2 Grüne, 2 proDeutschland, 2 RUA)
	1 Enthaltungen	(Bürgermeister)

Herr Lorenz erklärt, dass er auch den vorliegenden Antrag der vier Fraktionen nicht zustimmen kann, da er Bedenken hat, dass der im Antrag enthaltene Satz „Der Hauptausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit, ob die Mitglieder des Hauptausschusses an den Petenten Rückfragen stellen können“ ihn bzw. die Ausschussmitglieder in seinen Rechten einschränkt.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die folgende Änderung der Hauptsatzung:

§ 6 Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Anregungen und Beschwerden sind schriftlich beim Bürgermeister einzureichen, der sie dem Hauptausschuss vorlegt.

Der Hauptausschuss hat Anregungen und Beschwerden inhaltlich zu prüfen.

Der Petent wird zur entsprechenden Hauptausschusssitzung, in der seine Anregung oder Beschwerde behandelt wird, vom Bürgermeister eingeladen. Dem Petenten wird Gelegenheit gegeben, die Anregung oder Beschwerde in der Hauptausschusssitzung vorzutragen.

Der Hauptausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit, ob die Mitglieder des Hauptausschusses an den Petenten Rückfragen stellen.

Darüber hinaus entscheidet der Hauptausschuss, ob die Anregung oder Beschwerde zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss, wenn erforderlich, weitergeleitet werde.“

Abstimmungsergebnis: 29 Ja-Stimmen (13 CDU, 9 SPD, 2 FDP, 2 Grüne, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
9 Nein-Stimmen (4 UWG, 2 AL, 2 RUA, Ullmann)

Herr Hoffmann bittet im Namen der UWG-Fraktion und der der RUA-Fraktion den vorletzten Satz des Antrags prüfen zu lassen und das Ergebnis zeitnah mitzuteilen.

Der Bürgermeister sagt dies zu.

**7. Unterstützung des Ehrenamtes: Begegnungszentrum im AN/0122/2016
Innenstadtbereich (Antrag der CDU-Fraktion vom
25.08.2016)**

Herr Busch begründet den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Ullmann findet den Antrag grundsätzlich zustimmungsfähig, bittet jedoch auch um Prüfung der Kosten.

Herr Busch erklärt, dass es selbstverständlich ist, die Anschaffungs-, oder Herstellungskosten sowie die Folgekosten vor einer abschließenden Entscheidung zu prüfen.

Herr Hoffmann bemerkt, dass dieser Antrag befürwortet wird und bittet die Verwaltung mit in die Überlegungen einzubeziehen, ob es möglich ist, das Wartburghaus enger einzubeziehen, da mit diesen Räumlichkeiten Flächen für verschiedene Maßnahmen geschaffen werden könnten.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, in Innenstadtnähe ein „Begegnungszentrum“ einzurichten, dass u.a. von „aktiv55plus“, dem „Radevormwalder Mittagstisch“ und ggfs. Auch durch den „Bürgertreff“ genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. 47. Änderung des Flächennutzungsplanes; Wohngebiet Jahnplatz

- 8.1. 47. FNP-Änd.; Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB; Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis vom 29.04.2015** **BV/0192/2015/1**
-

Herr Ullmann spricht sich gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung aus und ruft dazu auf, den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände an dieser Stelle zu folgen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, die Bedenken der Naturschutzverbände im Oberbergischen Kreis zur Kenntnis zu nehmen und der Anregung nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 2 AL, 2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
 9 Nein-Stimmen (1 SPD, 4 UWG, 2 Grüne, 1 RUA, Ullmann)
 1 Enthaltungen (1 RUA)

- 8.2. 47. FNP-Änd.; Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Beteiligung eingegangene Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 02.06.2015** **BV/0193/2015/1**
-

Herr Dr. Rieger erkundigt sich, ob die Untere Wasserschutzbehörde bei der Planung beteiligt war.

Her Dippel erklärt, dass grundsätzlich eine Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde stattfindet. In diesem Baugebiet geht es nur um die Entwässerung. Die Untere Wasserbehörde wäre nur dann zu beteiligen, wenn dort eine Versickerung vorgesehen wäre.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald nimmt die Hinweise des Landrates des Oberbergischen Kreises bezüglich des Immissionsschutz-, des Artenschutz- und des Landschaftsrechts zur Kenntnis und beschließt den Anregungen aus wasserwirtschaftlicher Sicht teilweise und denen aus bodenschutzrechtlicher Sicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
 10 Nein-Stimmen (1 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 Grüne, Ullmann)
 2 Enthaltungen (2 RUA)

- 8.3. **47. FNP-Änd.; Bericht über die öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB sowie die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 22.10.2015** **BV/0232/2015/1**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald nimmt die Hinweise des Landrates des Oberbergischen Kreises bezüglich des Immissions- und des Artenschutzes zur Kenntnis und beschließt den Anregungen aus wasserwirtschaftlicher Sicht teilweise und denen aus bodenschutzrechtlicher Sicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 2 FPD, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
 10 Nein-Stimmen (1 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 Grüne, Ullmann)
 2 Enthaltungen (2 RUA)

- 8.4. **47. Änderung des Flächennutzungsplanes; Wohngebiet Jahnplatz** **BV/0332/2016**
hier: Bericht über die wiederholte öffentliche Auslegung des Planentwurfes gem. § 3 (2) BauGB; erneuter Feststellungsbeschluss
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt erneut die Feststellung der 47. Änderung des Flächennutzungsplanes, Wohngebiet Jahnplatz, und billigt deren Begründung einschließlich Umweltbericht.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
 12 Nein-Stimmen (1 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 Grüne, 2 RUA, Ullmann)

9. **Bebauungsplan Nr. 34, 2. Änderung; Dahlerau, Siedlungsweg**
-

- 9.1. **BP 34; 2. Änd.; Bericht über die Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangene Stellungnahme des LVR- Amt für Denkmalpflege im Rheinland vom 30.05.2016** **BV/0333/2016**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt der Anregung des LVR- Amtes für Denkmalpflege zu folgen und die Planurkunde sowie die Begründung redaktionell zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9.2. BP. 34; 2. Änd.; Kenntnisgabe der redaktionell ergänzten Planurkunde/ Begründung; Satzungsbeschluss BV/0334/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 34, Dahlerau, Siedlungsweg, 2. Änderung als Satzung und stimmt der Begründung einschließlich Umweltbericht gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Bebauungsplan Nr. 76, 2. Änderung; Nordstadt II, Teilgebiet zwischen Bachstraße und Carl-Diem-Straße hier: Bericht über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gem. § 3 (2) BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB; Satzungsbeschluss BV/0335/2016

Herr Ullmann bittet um Erläuterung, was es bedeutet, dass keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen eingegangen sind.

Herr Klein erklärt, dass zu diesem Bebauungsplanentwurf keine Stellungnahmen eingegangen sind.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 76, 2. Änderung; Teilgebiet zwischen Bachstraße und Carl-Diem-Straße als Satzung und stimmt der Begründung einschließlich Umweltbericht zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Bebauungsplan Nr. 98 - Wohngebiet Jahnplatz -

11.1. BP Nr. 98; Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB eingegangene Stellungnahme des Oberbergischen Kreises vom 22.10.2015 BV/0288/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Anregungen des Oberbergischen Kreises aus immissionsschutz- und artenschutzrechtlicher Sicht zu folgen und denen aus brandschutz- und wasserrechtlicher Sicht nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen	(12 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
10 Nein-Stimmen	(1 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 Grüne, Ullmann)
2 Enthaltungen	(2 RUA)

11.2. BP 98; Abwägung und Beschluss über die während der öffentlichen Auslegung am 21. Juni 2016 eingegangene Stellungnahme, bezeichnet als S 1 **BV/0337/2016**

Herr Ebbinghaus weist darauf hin, dass durch die Parksituation ein Verkehrschaos entstehen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Bedenken bezüglich der festgesetzten Gebäudehöhe nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen	(12 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, Ullmann, Bürgermeister)
9 Nein-Stimmen	(1 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 Grüne)
2 Enthaltungen	(2 RUA)

11.3. BP 98; Abwägung und Beschluss über die während der öffentlichen Auslegung am 22. Juni 2016 eingegangene Stellungnahme, bezeichnet als S 2 sowie das Schreiben vom 28.07.2016, bezeichnet als S3. **BV/0338/2016/1**

Herr Klein führt aus, dass die neue Vorlage (Tischvorlage) um die Stellungnahme 3 erweitert wurde. Der vorgebrachte Vorschlag sieht eine Reduzierung und Vergrößerung der Baugrundstücke vor. Diesem Vorschlag möchte die Verwaltung nicht folgen. Deshalb hält die Verwaltung an der bisherigen Plankozeption fest.

Herr Ebbinghaus beantrag, über die Anregungen S2 und S3 getrennt abzustimmen.

Sodann erfolgt eine differenzierte Abstimmung.

Beschluss (S2):

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den in der als S 2 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen und Bedenken nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen	(12 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Bürgermeister)
6 Nein-Stimmen	(4 UWG, 2 Grüne)
4 Enthaltungen	(1 SPD, 2 AL, Ullmann)

Beschluss (S3):

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt, den in der als S 3 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen und Bedenken nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen	(12 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, 2 RUA, Ullmann, Bürgermeister)
6 Nein-Stimmen	(4 UWG, 2 Grüne)
3 Enthaltungen	(1 SPD, 2 AL)

11.4. BP 98; Abwägung und Beschluss über die während der Trägerbeteiligung am 08.06.2016 eingegangene Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände im OBK **BV/0339/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Anregungen der Arbeitsgemeinschaft der anerkannten Naturschutzverbände im OBK bezüglich des Anbringens von zusätzlichen Fledermaus- und Vogelnistkästen teilweise, sowie den übrigen Anregungen nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen (12 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
 9 Nein-Stimmen (1 SPD, 3 UWG, 2 AL, 2 Grüne, 1 RUA)
 3 Enthaltungen (1 UWG, 1 RUA, Ullmann)

11.5. BP 98; Abwägung und Beschluss über die während der Trägerbeteiligung am 15.06.2016 eingegangene Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises **BV/0340/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt der Anregung des Landrates des Oberbergischen Kreises zur Entwässerung des Baugebietes nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen (11 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
 10 Nein-Stimmen (1 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 Grüne, Ullmann)
 2 Enthaltungen (2 RUA)

11.6. BP 98; Satzungsbeschluss **BV/0341/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 98 - Wohngebiet Jahnplatz – als Satzung und stimmt der Begründung einschließlich Umweltbericht gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen (11 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
 12 Nein-Stimmen (1 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 Grüne, 2 RUA, Ullmann)

12. Widmung von Straßen, Wegen, Plätzen

12.1. Widmung der Gemeindestraße "Heinestraße" **BV/0349/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Gemeindestraße „Heinestraße“ für den öffentlichen Verkehr gemäß § 6 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der zur Zeit geltenden Fassung entsprechend den Erläuterungen zu widmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12.2. Widmung der Gemeindestraße "Kästnerstraße"**BV/0350/2016****Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die Gemeindestraße „Kästnerstraße“ für den öffentlichen Verkehr gemäß § 6 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der zur Zeit geltenden Fassung entsprechend den Erläuterungen zu widmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung BV/0327/2016

Herr Nipken weist darauf hin, dass die Vorlage bereits im Hauptausschuss besprochen wurde und führt aus, dass die Gebühren bis auf den Bereich Innenstadt grundsätzlich sinken.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die nachfolgende Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung BV/0325/2016

Herr Ebbinghaus erläutert das Abstimmungsverhalten der AL. Die Veränderung in der Kalkulation, in der man dazu übergeht auch Anschlussleitungen mit einzubeziehen, wird für sinnvoll gehalten. Um dies zu signalisieren wird die AL sich enthalten und nicht wie in der Vergangenheit den Beschluss ablehnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die nachfolgende Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung.

Abstimmungsergebnis:

32 Ja-Stimmen	(11 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 2 Grüne, 2 pro-Deutschland, 2 RUA, Bürgermeister)
1 Nein-Stimmen	(1 SPD)
3 Enthaltungen	(2 Al, Ullmann)

15. Änderung der Gebührensatzung zur Ausführsatzung BV/0326/2016**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die nachfolgende Änderung der Gebührensatzung zur Ausführsatzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Sachstandsbericht Asyl

Frau Schröder berichtet, dass die Asylbewerberzahlen zwischen 370 und 380 schwanken.

Im Juni gab es 80 Erwachsene und 43 Kinder die noch keinen Antrag auf Asyl stellen konnten. Der Bund sowie die Landesregierung haben geplant, dass bis Ende September alle Asylbewerber registriert werden. Außerdem sei geplant, dass die Bescheiderteilung bis Ende des Jahres erfolgt.

Sie hofft, dass bis Ende des Jahres ein großer Teil der Personen, die eine gute Bleibeperspektive haben, einen Anerkennungsbescheid erhalten. Dazu zählen momentan die Flüchtlinge aus Syrien, Iran, Irak, Eritrea und Somalia.

Des Weiteren berichtet Frau Schröder über das in Kraft getretene Integrationsgesetz. Danach können alle anerkannten Asylbewerber, die sich in einer Stadt niedergelassen haben, rückwirkend zum 01. Januar 2016, wieder in das Bundesland zurückgeführt werden, in dem die Erstzuweisung erfolgt ist. Es soll noch eine Rechtsverordnung zum 01. Dezember erfolgen, die festlegt, dass Asylbewerber die eine Anerkennung bekommen für drei Jahre in dem Bundesland bleiben müssen, in dem die Erstzuweisung erfolgt ist.

Frau Schröder informiert, dass insgesamt 35 Personen in Arbeitsvermittlungsprogramme aufgenommen werden.

Im Oktober wird voraussichtlich ein neuer Integrationskurs starten. Außerdem werden auch nach wie vor die freiwilligen Kurse angeboten.

Herr Barg merkt an, dass in der Verwaltungsvorlage aufgeführt war, dass 17 Personen abgelehnt wurden, jedoch eine Duldung haben und fragt, wie lange sich die Duldung ausdehnt und ob es besondere Begründung für diese gibt.

Frau Schröder erklärt, dass die Ausländerbehörde des Oberbergischen Kreises dafür zuständig ist und die Stadtverwaltung weder Einfluss darauf hat, noch die Entscheidungsgründe hierfür erfährt. Sie merkt an, dass die Duldung sich nach ihrer Kenntnis sehr lange hinzieht.

Her Bornwasser erkundigt sich, ob es abschätzbar ist, wie viele Personen möglicherweise zur Rückführung nach Radevormwald vorgesehen sind.

Frau Schröder verneint dies.

Des Weiteren bemerkt Herr Bornwasser, dass es Fälle gibt wo Jugendliche schon gut deutsch sprechen, aber nicht in der Lage sind, deutsch zu schreiben und fragt, ob es die Möglichkeit gibt, Alphabetisierungskurse in Radevormwald oder in Kooperation mit Nachbarstädten anzubieten.

Herr Eichner erklärt, dass dies schulintern geregelt wird und zusätzliche externe Kurse für Kinder oder Jugendliche vorerst nicht vorgesehen sind.

Herr Bornwasser erwähnt, dass diese Anregung von einer Schule kam.

Dies ist Herrn Eichner nicht bekannt. Daher schlägt er vor, dass sich die entsprechende Schule mit ihm in Verbindung setzt.

Herr Schäfer erkundigt sich, wie viele minderjährige Flüchtlinge es zurzeit in Radevormwald gibt.

Herr Eichner gibt an, dass es derzeit 11 minderjährige Flüchtlinge sind.

Herr Mans geht davon aus, dass dieses Thema die Stadt noch lange Zeit begleiten wird und hebt das ehrenamtliche Engagement hervor.

17. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen

17.1. Kenntnisnahme

IV/0287/2016

Herr Ebbinghaus erkundigt sich, warum sich der Erwerb von BGA für die Sekundarschule in fünf Zeilen wiederfindet, obwohl es sich um den gleichen Sachgrund handelt.

Herr Nipken erklärt, dass die fünf Positionen zustande gekommen sind, weil mehrere Aufträge abgewickelt wurden.

17.2. Genehmigung einer überplanmäßigen Investition

BV/0356/2016

Herr Rimroth möchte wissen, ob die Kosten für die Erweiterung der Küchengeräte in den Gesamtkosten bereits berücksichtigt sind.

Herr Eichner bejaht dies.

Beschluss:

Der Rat genehmigt eine überplanmäßige Investition in Höhe von 50.000,- € bei Inv.Projekt 5.100316 – Sekundarschule. Die Deckung erfolgt aus dem Inv.Projekt 5.100203 – Asylbewerberunterkunft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
1 Enthaltung (Ullmann)

**18. Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt
hier: Aufwertung des Parc de Châteaubriant**

BV/0118/2015/2

TOP 18 wurde abgesetzt.

**19. Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt
hier: Aufwertung der Grünfläche Burgstraße**

BV/0117/2015/2

TOP 19 wurde abgesetzt.

20. Erschließung Baugebiet Jahnplatz BV/0198/2015/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung die Bauleistungen für die Erschließung des Jahnplatzes öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen (11 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proDeutschland, Bürgermeister)
12 Nein-Stimmen (1 SPD, 4 UWG, 2 AL, 2 Grüne, 2 RUA, Ullmann)

21. Ausschreibung der Entsorgung von privaten Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben) BV/0329/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beauftragt die Verwaltung, die Entsorgung der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben) europaweit auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

22. Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges Gerätewagen Logistik BV/0351/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, das Vergabeverfahren für die Beschaffung des GW-Logistik als Ersatz des bisherigen Gerätewagen Öl und des Gerätewagen Gefahrgut einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

23. Besetzung von Ausschüssen und Gremien BV/0348/2016

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussumbesetzung:

Herr Markus Schnadt wird als Vertreter für den Schulausschuss anstelle von Frau Yvonne Kepp benannt.

Auf Antrag der CDU-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussumbesetzung:

Herr Werner Grimm wird als ordentliches Mitglied für den Jugendhilfeausschuss anstelle von Herrn Uwe Nickel benannt.

Herr Nicolai Rüggeberg wird als ordentliches Mitglied für den Ausschuss Soziales, Sport und Integration anstelle von Herrn Werner Grimm benannt.

Auf Antrag der UWG-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Ausschussumbesetzung:

Frau Regina Übel wird als Vertreterin für den Ausschuss Soziales, Sport und Integration anstelle von Herrn Dieter Danowski benannt.

Auf Vorschlag der Verwaltung beschließt der Rat der Stadt, Herrn Christian Schoppe als ständiges Mitglied mit beratender Stimme in den Schulausschuss zu berufen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Bürgermeister teilt mit, dass Herr Dr. Michalides sein Mandat in der Verbandsversammlung Zweckverband Sparkasse und im Beirat für Abfallentsorgung niedergelegt hat.

Herr Ebbinghaus erklärt hierzu, dass Vorschläge zu einer Neubesetzung in der nächsten Ratssitzung erfolgen.

24. Geplante Auflösung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für das Berufskolleg Bergisch Land BV/0305/2016

Herr Eichner informiert, dass in der Mitgliedsversammlung des Berufsschulzweckverbandes einstimmig der Beschluss gefasst wurde, dass sich der Zweckverband mit Ablauf des 31.01.2017 auflöst.

Er erläutert, dass die Stadt Wermelskirchen bestätigt hat, dass mit dem Auflösungsbeschluss keine weiteren finanziellen Forderungen an die Stadt Radevormwald herangetragen werden, außer möglichen Nachzahlungen aus der Umlage heraus.

Da die Jahresabschlüsse 2014, 2015 und 2016 bis zum Ende des Zweckverbandes noch erstellt und abschließend geprüft werden müssen, kann noch nicht abschließend gesagt werden, wie hoch mögliche Nachzahlungen sein können.

Derzeit wird eine Verbandsumlage für die Schüler die nach Wermelskirchen gehen und eine Kreisumlage für die Schüler die nach Wipperfürth gehen, gezahlt. Ab dem 01.02.2017 ist Schulträger der Oberbergische Kreis nach Beauftragung durch den Rheinisch-Bergischen-Kreises. Sämtliche Kosten werden dann über die Kreisumlage abgerechnet.

Herr Müller fragt, ob die Jahresabschlüsse, die noch offen sind, bis Ende des Jahres bzw. bis zur Neukonstruktion des Zusammenschlusses Berufskolleg Bergisch Land fertig sein werden.

Herr Eichner erwidert, dass dies zugesichert wurde.

Herr Ebbinghaus bemerkt, dass die Stadt durch die Umlage auch an den Investitionen beteiligt gewesen ist, daher müsste es eine Vermögensauseinandersetzung zwischen dem neuen Träger (OBK) und dem bisherigen Zweckverband und einen Verteilungsvorschlag für die übertragenen Vermögen geben.

Herr Eichner erklärt, dass sich der Verband zuerst auflösen muss, bevor man sich über das Vermögen unterhalten kann.

Herr Eichner stellt einen neuen Beschlussvorschlag vor, da die seitens der Stadt Radevormwald entsandten Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für das Berufskolleg Bergisch Land bereits der Auflösung zugestimmt haben.

Es folgt die Abstimmung über den neuen Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald stimmt der Auflösung des Berufsschulzweckverbandes „Bergisch Land“ mit Ablauf des 31.01.2017 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

25. Mitteilungen und Fragen

Herr Ullmann teilt mit, dass die Unterschriftensammlung in Bezug auf den Oberbergischen Nahverkehrsplan bzw. dessen Entwurf 2016 derzeit bereits 750 Unterstützer hat.

Ende der öffentlichen Sitzung 19:05 Uhr.

10 Minuten Pause.

Johannes Mans
Vorsitzender

Jana Dören
Schriftführer